



## **Beschlussempfehlung**

### **des Sozialausschusses**

#### **Mehr Hilfen für wohnungs- und obdachlose Bürgerinnen und Bürger**

Im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV i. v. m. § 14 Absatz 1 Satz 2 GeschO

Der Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 6. Juni 2019 mit dem Thema der Positionierung zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit beschäftigt.

Einstimmig empfiehlt er dem Landtag im Wege der Selbstbefassung, den folgenden von den Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und den Abgeordneten des SSW vorgelegten Beschlussvorschlag mit dem Titel „Mehr Hilfen für wohnungs- und obdachlose Bürgerinnen und Bürger“ zu übernehmen und ihm zuzustimmen:

„Die Zahl der von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffenen oder bedrohten Bürgerinnen und Bürger ist gestiegen, auch in Schleswig-Holstein. Es ist nötig, die Hilfen - besonders auch präventiv - zu verstärken.

Der Landtag ist Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger im Land. Mit dem Empfang am 9. Februar 2019 auf Einladung des Landtagspräsidenten für wohnungs- und obdachlose Menschen ist ein wichtiges sichtbares Zeichen gesetzt worden für diejenigen, die eine stärkere Unterstützung benötigen.

Der Sozialausschuss empfiehlt:

- statistische Erhebungen zu Zahlen, den Ursachen und Problemen der Wohnungs- und Obdachlosigkeit auf Bundesebene mit länderspezifischer Auswertung, um die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Verhinderung von Obdachlosigkeit und Hilfe im Rahmen einer Bundesstudie unter Einbezug der Wohlfahrtsverbände wie zum Beispiel der Diakonie und der an-

- deren in diesem Bereich tätigen Akteur\*innen besser analysieren zu können;
- die Möglichkeiten des Baus von bezahlbaren Wohnungen voranzutreiben, um auch dieser Personengruppe einen stärkeren Zugang vorzuhalten, und gegebenenfalls den Erwerb von nicht genutzten Wohnungen/Räumlichkeiten zu erweitern und das Modell ‚Housing First‘ zu unterstützen, sodass nicht genutzter bestehender Wohnraum verstärkt auch von wohnungs- und obdachlosen Menschen genutzt werden kann;
  - auf Bundesebene dafür einzutreten, dass eine Analyse des privatwirtschaftlichen Schufa-Systems mit dem Ziel durchgeführt wird, mehr Transparenz und Überprüfbarkeit für die Betroffenen herzustellen;
  - zu prüfen, wie auf der Basis bestehender Angebote die Informationsmöglichkeiten Betroffener und Vermieter erweitert werden können, wenn der Verlust einer Wohnung droht;
  - die Möglichkeit der Mietschuldübernahme und weitere rechtliche Hilfen aus SGB II, SGB XII und anderen Rechtskreisen allen Akteuren und Betroffenen bekannter zu machen, um den Verlust der Wohnung zu vermeiden;
  - zu prüfen, ob die bestehenden Anlaufstellen gestärkt werden müssen, um noch mehr Möglichkeiten zur Hilfe bei Behördenkontakten, zum Beispiel bei der Beschaffung von Papieren und für besondere Personengruppen, anbieten zu können und in diesem Rahmen auch ehrenamtliche Arbeit für wohnungs- und obdachlose Menschen zu unterstützen.

Wohnraum muss für alle Menschen verfügbar und bezahlbar sein. Die gestiegenen Preise für Mieten und auch beim Erwerb stellen für viele Menschen erhebliche Belastungen dar. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für die Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum weiter verbessern und so für Preisstabilität sorgen. Menschen ohne ausreichende Bonität bekommen häufig keine bezahlbare Wohnung und werden in die Obdachlosigkeit getrieben. Wir wollen das Problem aktiv angehen und Lösungen erarbeiten. Hierbei werden wir darauf achten, keine isolierten Wohnformen zu verstärken, sondern eine ausgewogene Durchmischung der Quartiere ermöglichen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und Sozialausschuss danken allen, die sich bei der Arbeit für wohnungs- und obdachlose Bürgerinnen und Bürger engagieren. Sie unterstützen die Absicht des Landtagspräsidenten, den Dialog mit wohnungs- und obdachlosen Menschen sowie den Institutionen der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe fortzusetzen.

In einem Gesprächs- und Arbeitsforum und in seiner laufenden Arbeit wird der Sozialausschuss die Situation wohnungs- und obdachloser Menschen und mögliche Konzepte zu intensivierten Hilfen erörtern.“

Werner Kalinka  
Vorsitzender